

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kedaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Amt Morinplan, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 4. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Amt Morinplan, Nr. 11753-54.

Italien für Selbstbestimmung.

Rom, 4. Dezember. (Hff. Ag.) Der Kammeraus-
schuß für Auswärtiges verlangt dringend Klärung über
die Entente mit Griechenland, die einen unzulässigen Eingriff
in die inneren Angelegenheiten Griechenlands darstellt.
Jedenfalls hat die durch Italiens Kosten- und Ernäh-
rungsbedürfnisse erzwungene Rücksicht auf die Übermacht der
Entente dem Grafen Sforza die Zustimmung zu der Drohnote
nach Athen abgelehnt.

Abgelehnte Beglückung.

Die Ausrufung d'Annunzios gegenüber dem Tessiner Kriegs-
gewinnler Carmine, daß die italienische Schweiz zu Italien
müsse, hat zu einer Demonstration in Lugano geführt. Der
„Frank. Ztg.“ wird berichtet: Nach vorangegangener feier-
licher Versammlung durchzogen Studenten mit einer schweizerischen
Fahne unter Abhängen der Nationalfahne die Straßen. Die Be-
wölkerung überschüttete die Schweizer Fahne mit Blumen,
die häufig am Fuße des Unabhängigkeitsdenkmals niedergelegt
wurden. Im Großen Rat interpellierte Cottori, in welchem
Rufe Staatsbeamte und Mitglieder des Lehrkörpers in die An-
gelegenheit verwickelt seien.

Die Blockade Finnes.

Rom, 4. Dezember. (Hff.) Den Schiffen ist eine Frist von
drei Tagen eingeräumt worden, um die blockierten Gewässer von
Finnland zu verlassen. Der Verkehr der nicht bewaffneten Schiffe
wird nicht unterbrochen. Alle Schiffe werden einer Untersuchung
unterworfen und falls sie sich weigern zu talieren lassen, beschlago-
nommt und bei etwaigen feindseligen Handlungen in den Grund ge-
schoben. Kein Schiff darf die blockierten Gewässer in der Nacht durch-
fahren. Jeder Verlust steht dem Schiff zur Last, verfehlt zu
werden. Die Zufuhr von Lebensmitteln und Kohlen für Süd-
finnland ist am Tage gestoppt. 28 Freiwillige, die sich in Vasa nach
dem Insel Überfall eingeschifft hatten, zwangen den Kommandanten
mit dem Revolver, sie in Finnland zu lassen.

D'Annunzio verhandelt.

Rom, 4. Dezember. (Hff.) D'Annunzio hat einen Delegierten
namens Quagliari nach Rom geschickt. Die „Tribuna“ meldet,
daß eine Entspannung bereits eingetreten sei.

Bundesstaat Deutschösterreich.

Der deutschösterreichische Bundesrat, aus den Landtagen
von Wien, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Tirol,
Kärnten und Steiermark gewählt, ist in Wien unter dem
Vorsitz des Genossen Jakob Neumann, Bürgermeister der
Landeshauptstadt, zusammengetreten. Wir geben zur Orientierung
über die sozialen Verhältnisse unseres Bruderlandes aus
der Eröffnungssprache Neumanns einiges wieder:

Ich lade Sie zur Arbeit mit dem Wunsch ein, es möge die
legislativ-tätige des Nationalrates durch den Bundesrat
eine wie immer geartete Hemmung erfahren. Nach fast un-
überwindlich scheinenden Schwierigkeiten hat die Nationalversammlung
der Republik eine Verfassung gegeben. Maßgebende Teile harren
noch der Entscheidung; so die Aufstellung der Steuerquellen und
die Regelung der Beiträge und Zuschüsse aus Bundesmitteln, die
Schulorganisation und die politischen Rechte der
Bundesbürger. Das Verfassungsprojekt, das die demokratische Re-
publik Österreich als Bundesstaat begründet und sichert, stellt sich
als ein Ausgleich zwischen dem Grundgedanken eines zentralistischen
Einheitsstaates und einer föderativen Staatsverbindung dar. Die
neue Bundesverfassung gibt den Ländern eine Rechtsstellung, die
sie zu wahren Gliedstaaten eines Bundesstaates macht und
die volle Gleichheit zwischen Bund und Ländern vorzieht. Hoffen
wir, daß dieser Ausgleich, der in der Verfassung gefunden wurde,
eine Periode der Rufe zwischen den Ländern und dem Bund
beendet und ein erfolgreiches Zusammenwirken aller gewährleistet
bis zu dem Augenblick, den wir alle herbeisehen, in dem Deutsch-
österreich — von Besseln befreit —

sich eingliedert in das große Reich der deutschen Nation.
(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und Großdeutschen;
die Christlichsozialen rühren sich nicht.)
Unverrückbar festhalten soll der Bundesrat an dem Grundgedan-
ken, seine Arbeiten von dem Gedanken aus zu leisten,
daß die Republik für alle Zeiten zu sichern ist.
Die Hoffnung, die der Vorsitzende ausgesprochen, das
Ziel, das er aufgestellt hat, ist auch das unsere.

Oberschlesischer Landrat ausgewiesen.

Kattowitz, 4. Dezember. (Hff.) Die internationalisierte Kommission
hat den Landrat und Vorsitzenden Dr. Evermond-Hindenburg
der preussischen Regierung zur Verfügung gestellt und am seine
anderweitige Verwendung außerhalb des Abstammungsgebietes
gehört. Daraus hat der preussische Minister des Innern dem
Landrat Dr. Evermond den Auftrag erteilt, die Geschäfte seinem
Vertreter zu übergeben und nach Berlin zu kommen.

Der Landrat hatte das von polnischen Banden bedrängte & Po-
lizeirevier Zaborze durch Entsendung von 18 Landjägern verstärkt.
Der französische Kreisinspektor befehl ihm darauf, diese Ver-
stärkung zurückzuziehen. Der Landrat weigerte sich, diesem
Befehl nachzukommen, da er die bedrängte kleine Polizei, die nur
aus wenigen Mann bestand, nicht ohne Schutz lassen konnte. Die
Verstärkung wurde also nicht zurückgezogen. Nur diesem Umstand
ist es zu verdanken, daß ein Überfall auf das Polizeirevier unter-
blieb. Seitdem bestand ein gespanntes Verhältnis zwischen dem
französischen Kreisinspektor und dem Landrat, das nun zu seiner
Abberufung geführt hat.

Mittwoch, den 3. d. M., im großen Hörsaal Protes-
tation gegen den Vorschlag, die Abstammung der aus-
gewanderten Oberschlesier in Köln stattfinden zu lassen. Redner
aller politischen Parteien sollen sprechen.

Was sie nicht sehen.

Zu einem Frage- und Antwortspiel im englischen Unterhaus
über Ungarn schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“:

Als man in den Straßen von Budapest die sozialistischen Re-
volutionäre ermordete, schrieb der Admiral Traubridge, daß die
Republikanische Bewegung in Budapest nicht anders als in Großbritannien
sei. Der französische Hauptkonsul in Budapest berichtete
nach Paris, daß in Budapest eine militärische Ordnung herrsche,
an dem Tage, als die Ermordeten Magyaren das Kasino in der
Republik besetzten, den Sozialisten Soltra ermordeten und
Hundert auf Landjäger Marjano töteten. Keine größere
Blutspur ist der Erklärung, die der Staatssekretär Har-
worth im englischen Unterhaus über die Stärke der un-
garischen Armee abgab, beizumessen. Dem britischen Ge-
neral in Budapest, der Harworth informierte, ist es wahr-
scheinlich gelungen, festzustellen, daß die ungarische Armee
nicht größer sei, als sie nach dem Friedensvertrag sein darf.
Ausgerechnet 85 000 Mann sollen in Ungarn unter Waffen sein,
wiewohl sogar dieser hochfreundliche Bericht zugeben muß, daß
es unter den verschiedensten Umständen noch viele Tausende
Bewaffneter im Lande gebe. Die britischen Vertreter in Budapest
bringen es nicht zustande, zu erkennen, daß die Ermordeten un-
garisch die Desorganisation, die vielen Leute, die auf Grund von omni-
bus Legitimationen Uniform und Gewehr tragen, aber der nation-
alen Armee doch nicht angehören, sowas auch Soldaten sind.
Er sagte auch, solange der Friedensvertrag nicht in Wirklich-
keit getreten ist, könne eine wirksame Kontrolle nicht stattfinden.
Es ist aber der Waffenstillstandsvertrag in Gültigkeit.
Dies erlaubt Ungarn die Aufstellung von vier Divisionen, wo-
gegen Ungarn allein in Bestimmung eine größere Streitmacht
unterschützt. Brangel ist eben in die Luft gejagt und die Entente-
diplomatie entdeckt wieder ihr Herz für den Bolschewistenkrieg
Ungarn!

Die „Arbeiterzeitung“ erwartet, daß die Britische Ar-
beiterpartei sich durch diese Kladderlatscherei beeinflussen lassen
wird.

Die Aktion der Labour Party in Irland.

London, 4. Dezember. (Werbung des Holländisch Neuw-
bureau.) Der englische Arbeiterauschuss, der zur Untersuchung
der irischen Lage nach Irland gegangen ist, befuhr mit verschie-
denen Vertretern des irischen Bauernstandes die zerstörten
Dörfer, die Umgebung von Dublin und unterhielt sich mit den
Direktoren der zerstörten Volksschulen. Henderson und
Adams hatten gestern eine Unterredung mit dem römisch-
katholischen Erzbischof. Hier wurde der zukünftige
Burgfriede in allen Einzelheiten besprochen. Der Erzbischof
vertrug, daß die römisch-katholische Geistlichkeit den Plan
entschieden unterstützen würde, wenn nur alle Gewalt beider-
seits aufhöre. Henderson und Adams brachten auch die Ge-
fangenen in Dublin und hatten eine längere Unterredung mit
Griffith, dem stellvertretenden Premierminister der irischen
Republik.

Nach Zeligowskis Abwehr.

Guthkahn, 3. Dezember. (Hff.) In Duauen ist durch den
Wahl des Waffenstillstandes große Entspannung einge-
treten, die Forderung auf Wilna wird aber aufrecht erhalten.
Die gelehrten Arbeiter werden aus der sowjetrussischen
Armee entlassen, um ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Verfälschung Watter. Zu unserer Karlsruher Werbung in der
Abendausgabe vom 20. November tritt und der Präsident der
Eisenbahndirektion Nürnberg mit, daß die ihm unter-
stellten Beamten Oberregierungsrat Hans Burkhardt und
Bahnverwaltungsrat Wilhelm Grieshammer aus Nürnberg sich
nicht, wie es in der Werbung hieß, in Begleitung des Generalleut-
nants Watter befinden haben. Vielmehr hätten sich die beiden Ge-
nannten in dienstlicher Angelegenheit — Beschäftigung von
Wahljahrleistungen der Eisenbahnverwaltung — an diesem
Tage in Karlsruhe aufgehalten und seien in keiner Weise mit Ge-
neral Watter, der ihnen unbekannt ist, in Berührung gekommen.

Gegner der Preußenverfassung.

Von Ernst Heilmann.

Für die Verfassung der sächsischen Republik haben im
Oktober auch Deutschnationalen und Neukommunisten ge-
stimmt. Bei Verabschiedung der preussischen Verfassung
haben sie mit Nein votiert. Der Grund dafür blieb geheim-
nisvoll für Beide wie für Loren.

In der Presse und im Wahlkampf werden die links-
radikalen sich als Grund ihrer Ablehnung auf den Staatsrat
berufen, und unwissende Zuhörer werden sich darunter eine
Art neuen Herrenhauses vorstellen. Nichts falscher als das!
Der Staatsrat wird gewählt von den Provinzialparlamenten,
und diese werden vom ganzen Volke genau nach dem Wahl-
recht zusammengesetzt, welches das Erfurter Programm vor-
schreibt. Staatsrat und Landtag unterscheiden sich von ein-
ander nur dadurch, daß dieser unmittelbar, jener mittelbar
gewählt wird; sonst sind sie genau gleich demokratisch und
gerade Wiedergaben des Volkswillens.

Die Deutschnationalen bemühen ihre negative Politik
mit der Behauptung, die Verfassung richte sich gegen Preußen.
Sie sage zwar selbst nichts über die Selbständigkeit der Pro-
vinzen, aber sie bereite Autonomiegehehe vor, denen ein über-
zeugter Anhänger des Preußenstaates und seines Zusammen-
halts nicht zustimmen könne. Auch das ist nur eine demoga-
gische Lüge. Ueber das Maß der provinziellen Selbst-
ständigkeit wird später entschieden werden, je nach dem Er-
gebnis der Neuwahlen in Preußen. Aber schon heute muß
festgestellt werden, daß der erste Schritt nach er-
weiterter Selbständigkeit der Provinzen in
der Landesversammlung ausgestoßen wurde
von den Deutschnationalen. Das Thema der er-
weiterten Provinzialrechte stand zum erstenmal zur Debatte
in der 7. Sitzung der Landesversammlung am 21. März 1919;
es wurde auf Tagesordnung gebracht von dem deutschnationalen Ab-
geordneten Ding, der erklärte:

Wir beschließen unsere Augen durchaus nicht vor den Fehlern
der Vergangenheit. Unser rheinisches Temperament, unser stark
entwickeltes Selbstbewußtsein und Freiheitsgefühl konnte sich mit
dem altpreußischen Bürokratismus schlecht befreunden, und durch
manche Mißgriffe und Uebergriffe des preussischen Regiments ist
diese Verfassung gefährdet worden. Es würde zweifellos in
allerkürzester Zeit Abhilfe geschaffen werden sein, sobald die Prin-
zipien der Selbstverwaltung sich im wirtlichen Umfang durchgesetzt
haben würden, und das war doch zu erreichen.

Als darauf unter damaliger Ministerpräsident Genosse
Scheidt eine wesentliche Erweiterung der provinziellen
Selbstverwaltung anfocht, erwiderte ihm der Führer der
deutschnationalen Landesparlamentarieraktion Herr von
der Osten:

Wir sind treue Preußen, aber auch treue Deutsche, und auch
wir erstreben als letztes Ziel eine deutsche
Reichseinheit; diese ist von uns immer als die Mission des
preussischen Staates angesehen worden. Der Herr Ministerprä-
sident hat gemeint, daß der Reichseinheit eine Aufgestaltung
der Selbstverwaltung vorangehen müsse. Ich werde ihn
an dieses Wort recht oft erinnern und hoffe, daß er der Selbstver-
waltung in seinen künftigen Berordnungen im reichlichen Maße
und in reichlicher Höhe als bisher Rechnung tragen werde.

Genau den gleichen Standpunkt nahm die Deutsche
Volkspartei ein. Im Anschluß an die eben wiederge-
gebenen Worte des deutschnationalen Führers erklärte für
die Volkspartei der Kölner Abgeordnete Moldenhauer:
Unser Ziel, unser Ideal muß auch in Zukunft der starke
deutsche Einheitsstaat sein, und jeden Schritt, der uns
diesem Ziel entgegenführt, jeden Weg, der zu diesem Ziele weist —
den werden wir gern gehen. Wenn die anderen Bundesstaaten
bereit wären, auf denselben Boden zu treten, dann wären wir die
Lehnen, die nicht auch Preußen für das Deutsche Reich stützen
würden.

Genau ebenso hieß es schon in der Prinzipienklärung
der Deutschen Volkspartei in der Landesversammlung, die zu
Beginn der Beratungen Abg. Dr. von Richter abgegeben hatte,
man sei bereit für die Reichseinheit das Opfer Preußens zu
bringen. Herr Moldenhauer aber führte in seiner stürmischen
Rede weiter aus, Preußen müsse lernen, der Eigenart der
einzelnen Bundesteile mehr Rechnung zu tragen als bisher;
die Selbstverwaltung der großen Selbstverwaltungsförderer sei aus-
zubauen — das sei der Boden, auf dem sich die Deutsche Volks-
partei mit der gesamten Zentrumspartei zusammenfinden
wolle. Er bitte das Zentrum, jeden Abtren-
nungsgedanken aufzugeben und mit den
Rechtsparteien den Weg weitestgehender
Autonomie der Provinzen zu beschreiten.

Die Rechtsparteien haben also in der Preussischen Landes-
versammlung selbst genau den Standpunkt eingenommen, wie
die Sozialdemokratie auch, nur daß diese daran festgehalten
hat, während Konservative und Nationalliberale zu Wahl-
zwecken eine taktische Schwankung vorgenommen haben.
Aber die Herren von den Rechtsparteien konnten nach ganz
anders. Als die Verfassungsgebende Preussische Landesver-

annahme gewährt wurde, da beschließen sich in Hannover die Deutsche Volkspartei und Deutsche Volkspartei mit ausdrücklicher Zustimmung der Parteivorstände mit den Welfen. Volksparteiliche Kandidaten unter Führung des Abgeordneten Felderlehen einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Deutsche Volkspartei wünscht... im Rahmen des Deutschen Reiches eine Republik Hannover... in diesem Sinne ist: Das von Berlin! unsere Parole. Und die Deutsche nationale Volkspartei trat damals im Januar 1919 das welfische Programm mit Gunt und Soaren und ließ später in der Landesversammlung diesen Verrat an Preußen durch folgende Erklärung entschuldigen:

Wenn meine politischen Freunde in Hannover seinerzeit im Einvernehmen mit der Parteileitung Fühlung genommen haben mit den Welfen, so haben sie das getan in einem Augenblick, wo wir glaubten, daß alles darauf ankäme, die bürgerliche Front einheitslich und fest zu erhalten. Wir haben ferner geglaubt es tun zu können mit dem Ziel und Zweck einer stärkeren provinziellen Ausgestaltung.

Aus dieser Kundgebung der Deutschnationalen geht klipp und klar hervor, daß ihnen das Wesentliche die bürgerliche Front ist. Preußen ist ihnen nur so lange lieb und gut, als sie glauben, vom Fortbestand Preußens Vorteile für den Kampf gegen den Sozialismus zu haben. Steht das aber unklar fest, dann sollen die Deutschnationalen im Wahlkampf ihre Sprüche über die Rettung Deutschlands durch Preußen und die Unentbehrlichkeit Preußens für die deutsche Zukunft ruhig beiseite lassen. Es steht dahinter keine Ueberzeugung — auch ihnen war Preußen nur ein taktisches Mittel zur Stärkung der bürgerlichen Front. Je nach dem sie glauben, ihren reaktionären Parteizielen zu dienen, werden sie Preußen zusammenhalten oder lockern oder aufheben.

Die Sozialdemokratie hatte als einzige Partei schon im Wahlkampf und während der Versäiler Friedensverhandlungen die Aufteilungsbestrebungen namentlich der Welfen entschieden zurückgewiesen. Sie hat zu Beginn ihrer Arbeiten in der Preussischen Landesversammlung erklärt, daß sie mit Freude das Bekenntnis der Regierung zum deutschen Einheitsstaat begrüßt, solange er aber nicht erreicht sei, ein einheitliches Preußen erhalten und dieses einheitliche Preußen in Demokratie und Selbstverwaltung zu überbauen wolle, daß es als Vorbild dienen kann. Nach diesem Programm hat die Sozialdemokratie unseitig in der Landesversammlung gearbeitet, und dieses Programm wird sie auch bei den Wahlen mit Nachdruck und hoffentlich mit Erfolg vertreten.

Geselligkeitsverein oder ...?

Ein „deutschnationaler Geselligkeitsverein“, dessen Hauptmotive in der „Mitte“, Berlin, Wochschr. 9, stattfinden, verleiht gleichzeitig mit seinen Einladungen ein Werbeformular, dessen Vorwort von ganz besonderem Interesse ist. Zunächst wird der republikanischen Verfassung eine Verheerung gemacht, dann erfolgen 15 Anfragen nach Name, Wohnort, Religion, Dienstgrad, Gesundheitszustand, Truppengattung, Dienstzeit vor dem Kriege, während des Krieges, nach dem Kriege, und schließlich zerfällt die 16. Abteilung in die Unterabteilungen von a) bis u). Doch diese wollen wir unsern Lesern nicht vorzählen:

16. Vollendete Ausbildung.

- a) Gewehrmodell, b) Karabinermodell, c) Pistolenmodell, d) Handgranaten, e) L. M.-G., f) f. j. M.-G., g) Minenwerfer, h) Flammenwerfer, i) Fernsprecher, k) Funker, l) Fahrer, m) Radfahrer, n) Personen-Kraftfahrer, o) Last-Kraftfahrer, p) Feldartillerie, q) Fußartillerie, r) Artzei, s) Sanitäts-Unterpersonal, t) Feldküche, u) Besondere Ausbildung.

Es mutet höchst eigentümlich und wenig glaubwürdig an, daß ein Verein, der angeblich Geselligkeitszwecken dienen soll, in dieser unheimlich eingehenden Art seine Mitglieder auf Herz und Nieren über ihre persönliche Eignung befragt. Es kann kaum angenommen werden, daß die Deutschnationalen zum Schluß gegeneinander der *Flammenwerfer- und Minenausbildung* bedürfen.

Todesursache: Hunger.

Eine Enklave in einer Industriegegend Deutschlands: Göttingen oder gedanken und hoch aussehende Gestalten mit stumpfem Blick schleppen sich in gebogener Haltung mühselig dahin oder lauern zusammengesunken in Gruppen auf Bänken und am Boden; kein Wort der Klage, kein Zeichen der Teilnahme für ungewohnte Vorgänge ihrer Umgebung. Irrenanstalten, sonst Stätten des Lärmes und beständig Unruhe, sind still geworden, nur ein unerbittliches Wurmeln, und das heißt Hunger, zuweilen ein verzweifelter mühsamer Aufschrei, und der bedeutet: Essen. Und nach die Stunde des Essens, dann wird es lebendiger. Sie richten sich aus ihrer zusammengesunkenen Stellung mühselig empor, meist unter Aufheben ihrer Hände. Vielfach gelingt dies beim ersten Versuch nicht, ein mitleidiger Nachbar hilft dann dabei. Oder man stellt jemanden plötzlich wie einen gefüllten Sack umhinken, um nicht mehr aufzustehen, oder tot vom Stuhl fallen, oder man vermischt diesen oder jenen, in der Frühe unter seinen Lebendigen. Sucht man ihn, so findet man ihn, die Beine über den Kopf gezogen, zusammengerollt, tot in seinem Bett. Und keiner von seinen Schlafgenossen hat etwas von seinem Hinscheiden gemerkt. Vorchte man dann bei der Leichöffnung nach der Todesursache, so fand man jenen geschwollenen Fett-, Muskel- und Organchwund, und die Ursache hieß Hunger!

Todesursache: Hunger! Das ist grauenvoll!

Todesursache — Hunger, so klingt das klagende Lied, das uns mit schmerzhafter Eindringlichkeit aus den nüchtern-sachlichen Feststellungen ins Herz dringt, die Dr. Janzen in Heft 9 der Broschüre „Krieg und Hunger“ der Vereinigung für Kinderhilfe festgelegt hat.

Die Wirkungen der Unterernährung“ besteht sich dieses Verfalls. Und jene, im Kriege ganz neuartig aufgetretene Oedemkrankheit ist es, die Eingangs gefühlvoll, und über deren Wesen Dr. Janzen Näheres berichtet. Sie bildet das Endglied der fortwährenden Kette des raschen Körperverfalls, den die Kriegszeit heute an all ihren unzähligen Patienten stillstellen können.

Aber nicht nur über die Folgen, die die langjährige Unterernährung im ganzen deutschen Volke zeitigte, spricht der Verfasser, sondern er geht zugleich den Ursachen unserer Unterernährung auf den Grund, und weist die Wechselwirkungen nach, die eines auf das andere ausüben.

Als größte Gefahr sieht Dr. Janzen die Einstellung des Gesamtorganismus auf die geringe Nahrungszufuhr an, d. h. eine Art Gewöhnung, die der Körper nur dadurch erreicht, daß er einen Teil seines eigenen Materials einschmält, sozusagen sein Kapital verzehrt. Diese verurteilt eine Abnahme aller seiner Funktionen, nämlich der *Arbeitsfähigkeit aller seiner Glieder*.

Die unsterblichen Kriegervereine.

Der „Großherzoglich Hessische Kriegerverein“ versendet folgende Einladung, in deren Besitz wir durch einen glücklichen Zufall gelangt sind:

Sehr geehrter Herr,

Die Kriegervereine haben sich nicht überlebt. Sie haben die Erinnerung an deutsche Großtaten nach und nach dadurch unseren Mut für die Zukunft. Die Kriegervereine vereinen in sich alle Schichten des Volkes, wie die Kriegserfahrungen, und können deshalb, wie diese, die tiefen Risse überbrücken, die unser Volk zu seinem größten Unheil durchgraben.

Aus diesem nationalen und sozialen (Die Red.) Gründen bitte ich Sie, der anliegenden Einladung Folge zu leisten.

Heft 10, Genthiner Straße Nr. 7

Die Kriegervereine verfolgen den öffentlichen Zweck, Bindungen zwischen der gestürzten Monarchie und der von ihnen angestrebten künftigen Reaktion zu bilden. Daraus weist auch der Name des Hessischen Kriegervereins hin, der sich nach wie vor als „großherzoglich“ bezeichnet. Der Militarismus ist wie jene Schlange, der neun Häupter neu entstanden, wenn man ihr ein abgeschlagen hatte.

Wieder Soldatenschinder.

Ueber eine große Reihe von Soldatenschindlungen bei dem Reiterregiment 7 berichtet unser Dresdener Parteiblatt. Nach seinen Informationen hat ein junger Unteroffizier Zeißler (vier Jahre beim Militär) dem Wehrlosen Tempelbahn (8 Jahre Soldat, Feldzugsteilnehmer) mit der Lanze geschlagen. Der Rittmeister von Alten und der etatsmäßige Wachmeister hätten dieses Vorgehen noch damit entschuldig, daß „etwas Schwung in die Gesellschaft gebracht werden mußte!“ Weitere Mißhandlungen werden zur Last gelegt einem Unteroffizier, namens Gorkow und einem Unteroffizier Roghows, wobei der Vorgesetzte Oberleutnant v. Rost die Mißhandlungen habe geschehen lassen. Rittmeister v. Alten habe anderen, wegen der Mißhandlungen erregten Unteroffizier erklärt, sie hätten doch froh sein, daß sie überhaupt hier ein Unterkommen gefunden hätten. Ein Unteroffizier Werner soll einen Mann mit der Lanze geschlagen haben, daß Blut floß. Ein Quartiermeister Grote habe einem Soldaten so in den Bauch getreten, daß er sofort hustete.

Der Vertrauensmann der Schwabron, der sich von den Militärs alter Schule nicht einschüchtern ließ, ist abgegangen, die Wahl eines neuen Vertrauensmannes findet nicht statt. Der Regimentsvertrauensmann ist ein alter Wachmeister, der schon lange keinen Dienst mehr tut, aber auch die Rechte der Mannschaften nicht vertritt.

Wir bringen diese Dinge öffentlich zur Kenntnis, obwohl wir wissen, daß Herr Reichswehrminister Schuler die Schritte des „Vorwärts“ von seinen Untergebenen verboten worden ist. Aber vielleicht kommen ihm diese Zeilen doch einmal irgendwie zu Gesicht, wobei freilich noch geringer als unsere Hoffnung, daß dies geschehe, die andere ist, daß er gegen die gemeldeten Zustände durchgreifen wird.

Minister Lüdemann und die Beamten.

Man schreibt uns:

Der „Deutsche Schnellbrief“ gab kürzlich unter der Ueberschrift „Genosse Lüdemann und die Beamten“ eine angebliche Aufschrift eines Beamten wieder, in der der preussische Finanzminister Lüdemann angegriffen wird, da er sich „um das Wohl und Hebe (H) seiner Beamten“ nicht kümmere. Minister Lüdemann habe seine Rede im Verbindungsausschuß der Landesversammlung mit den Worten begonnen: „Aus einer Drucksache des Reichstags erlaube ich Ihnen, daß die Teuerungszulage der Beamten wie folgt festgelegt worden ist.“ Es wird nun gelogert, daß der preussische Finanzminister, der als gänzlich unorientiert hingestellt wird, einen Beschluß des Reichstags erst auf Umwegen, nämlich durch diese Drucksache erlaube und sich also nicht einmal habe entschließen können, persönlich dort zu erscheinen oder sich durch einen seiner Räte vertreten zu lassen.

Hiermit nun geht der rein körperliche, der sogenannte materielle Verlust über in einen geistigen Verfall. Nämlich sowohl in körperlicher Arbeitsfähigkeit wie an geistiger Aufnahmebereitschaft. Hand in Hand damit oder zugleich ein seelischer Kraftverfall, der sich in gereizter Stimmung und Arbeitsunlust äußert. Denn Körperliche und geistige Unfähigkeit, zieht unweiderrücklich eine starke seelische Schädigung nach sich. Dr. Janzen kommt also hier zu einem psychologischen Moment, das — wie er selbst ausführt — für die Ursachen unserer politischen und wirtschaftlichen Wirren von immenser Bedeutung ist.

Eine weitere indirekte Folge des Selbstverbrauchs der eigenen Energiespende bildet das gehäufte Auftreten von Krankheiten, denen zu widerstehen der geschwächte Körper nicht mehr imstande ist. Hierzu kommt noch die mangelhafte Bildung von Schutz- und Abwehrkräften im Organismus, der eine sehr verdäunswolle Nahrung speist. Die weiße Pest — die Tuberkulose, ist es, deren geradezu erschreckende Ausbreitung als fast unmittelbare Folge der Unterernährung — des Hungers, der Krieg dem deutschen Volke brachte.

Ueber die grauenvolle Steigerung aller durch die Unterernährung direkt oder indirekt hervorgerufenen Krankheitsfälle gibt die Statistik des Krieges der Todesfälle Aufschluß. Es fanden im ganzen Reichsgebiet allein an Tuberkulose etwa 88 Proz. mehr als in Friedenszeiten. Die absolute Steigerung der Zahl gegenüber demselben Zeitraum in der Vorkriegszeit.

Und die Todesursache — Hunger!

Das Hoftheater brachte eine Inszenierung von Otto Ludwig's literaturgeschichtlich berühmten „Erbförster“. Das Stück enthält einige Züge nach der hebelischen Maria Magdalena Erde der vierziger Jahre und trägt in der mittleren reichen Charakterzeichnung der Hauptfigur in der patriarchalisch feindbürgerlichen Umgebung der Anthonen, in denen dieselbe lebt, wie in der Schrockheit, mit welcher die Tendenzen des Charakters im Lauf der Handlung zum Extremen getrieben werden, mancherlei jenem Heldentum verwandte Züge. Neben diesem ist es der einzige bedeutendere Versuch zu einem bürgerlichen deutschen Schauspiel, von dem die Hebelisierung aus jener Zeit und den dann folgenden Jahrzehnten berichtet.

Dem unter uns das Ganze seltsam fremd an. Der harter und bornierte Ehegatte des hebelischen Meißner-Anton, dessen Selbstmordbedrohung die Tochter in den Tod treibt, steht immerhin dem psychologischen Mittelstück noch näher als der verwunderliche Eigenmann des Försters, der sich in die Idee verannt hat: ihm komme nach seinem pflichtgemäßen Ermessen die oberste unweiderrückliche Entscheidung in allen Fragen der Fortbewahrung zu, sein Willkür von Rechts wegen dem des Walschlagers vor und die Gerichte müßten das Bestätigen. Sein Motiv ist folgendes Standesbewußtsein, kein Eigenfinn, der Jähzorn, als er sich gestraunt glaubt, entfaltet sich im Stücke so auf dem Hintergrund einer Weltfremdheit, die kaum begreiflich ist. Und dieser Eindruck wird noch dadurch

Der angebliche Beamte, der nach Lage der Dinge ein rechtsprechender Landtagsabgeordneter sein dürfte, scheint von den Dingen, über die er schreibt, sehr wenig zu verstehen. Es handelt sich bei der zitierten Drucksache um eine solche, wie sie dem Finanzminister als Bevollmächtigtem zum Reichsrat und mit ihm jedem anderen Mitgliede dieser Körperschaft einige Tage vor der betreffenden Sitzung zur Vorbereitung des in der Sitzung zu behandelnden Materials angeht. Diese Drucksachen kommen direkt aus dem Reichskabinett, und nur auf diesem Wege kann daher der Minister Lüdemann erfahren, welche Beschlüsse die Reichsregierung zur Verordnungsstufe gefaßt hat. Einige Tage nach der erwähnten Rede Lüdemanns im Ausschuß der Landesversammlung fand dann die Reichsratsitzung statt, die der schlecht unterrichtete Beamte schon vor Lüdemanns Rede abgehalten glaubte, und in dieser Sitzung war selbstverständlich der Finanzminister wie üblich durch einen Ministerialdirektor und außerdem durch seinen Beauftragten vertreten.

Der Angriff gegen Minister Lüdemann und die Folgen des angeblichen Beamten auf das „Genossenschaftsregiment“ und sein Interesse für das Wohl der Beamten entspringen sich demnach als eine aufsehenerregende Sache für die preussischen Wahlen berechnete Stimmungsmache, deren wenig vornehmer Ton in der Volkmur nur noch dadurch überboten wurde, daß der ganze Angriff auf von A bis Z falschen Voraussetzungen aufgebaut ist.

Staatspolizei für Thüringen.

In der gestrigen Sitzung des Landtages für Thüringen wurde die Regierungsvorlage, betreffend die Einrichtung einer landesweiten und bewaffneten Staatspolizei für Thüringen, mit 26 Stimmen der Sozialisten und Demokraten gegen 23 Stimmen der vereinigten Rechten angenommen. Der Widerstand der Rechten richtete sich weniger gegen die Einrichtung der Polizeitruppe, als gegen deren angeblichen politischen Charakter und vor allem gegen den als Leiter derselben aus Mecklenburg berufenen Generaloberstleutnant Müller-Brandenburg. (Der bekanntlich seit langem von dem Haß der Reaktionen verfolgt wird.) Die Polizeitruppe wird zunächst auf 1200 Mann gebracht und auf die größeren Städte Thüringens verteilt werden.

Schiebungen überall!

Zu dieser Notiz in Nr. 571 des Blattes wird uns von Frau Staatsministerin a. D. Friedberg in Form einer „Verichtigung“ mitgeteilt, daß sie die zwei Rufen Juder sich nicht „hinterherum“ verschaffe, sondern daß ihr als Miteigentümerin des Gutes Großburg in Schleißen nach den gesetzlichen Bestimmungen für abgeleitete Juderribben eine bestimmte Menge Depotatzuder zur Verfügung stehe. Ein Mißverständnis der Beschlüsse des Judertribbens zu bewirken, sei ihr nicht erteilt worden, vielmehr sei die Beschlagnahme irrtümlich erfolgt und hierauf sei Freigabe des Judertribbens beantragt worden. Demgegenüber können wir feststellen, daß Herr Geheimrat Garnich noch erlangter Auskunft von der Judertribbenschlagnahme anheim gestellt wurde, die Freigabe des Judertribbens zu bewirken, was über die diesseitigen Vorschriften hinausgeht, da die Güterabfertigung die Maßnahme, die die Lebensmitteldienststelle zur Beschlagnahme veranlaßt hatte, gar nicht kennen konnte.

Um den Kern unseres Artikels geht diese „Verichtigung“ in bemerkenswerter Weise herum. Wir hatten bekanntlich behauptet, daß sich das Reichsverkehrsministerium mit besonderer Liebe der Sache angenommen und daß auch Herr Geheimrat Garnich, der Schwagerjohn des Staatsministers, in höchst eigener Person Nachfrage nach dem Verbleib des Judertribbens gestellt hatte. Durch diese Mitteilung hatten wir weniger das Verhalten der Frau Friedberg tadeln als das Verkehrsministerium in höchst eigener Person Nachfrage nach dem Verbleib des Judertribbens gestellt hatte. Gegenüber der Veranlassung veranlassen wollen. Diese ist bis heute nicht erfolgt, und das ist der Kern der Sache, der — wie gesagt — durch die Zuschrift der Frau Friedberg nicht im mindesten berührt wird.

Die Wahrheit über Russland. In unserem Bericht über die Tagung der rechtsunabhängigen Gewerkschaftsfunktionäre in Nr. 570 des Blattes wird uns von Schumacher, der als Delegierter der Berlin-Gewerkschaftskommission in Auftrag war, mitgeteilt, er habe sich davon gesichert, daß die Verhältnisse in Russland im allgemeinen gebessert werden müßten, und habe hinzugefügt, daß eine Besserung nur erfolgen könne, wenn Russland durch Wiederherstellung des Friedens an den inneren Wiederaufbau gehen könne,

verfährt, daß der Dichter seinem Helden einen Herrn und Eigentümer gegenüberstellt, der selbst aufbrausend, ihm doch wohlwollend in aller Freundschaft zugunsten ist. Der ganze Kampf um Recht, den der Erbfeind zu führen meint, erschließt damit als bloße Einbildung eines krankhaft wirren Geistes und bringt es so zu keiner wärmeren Anteilnahme. Auch ermüdet die Anhäufung all der verwickelten Mißverständnisse und Zufälligkeiten, durch die das tragische Ende herbeigeführt wird.

Die Aufführung zeigte im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten im allgemeinen von erheblichem Bemühen. Fernhard Rose verleierte in anschaubarer Weise die den hochgewachsenen, weißhaarigen Olyf, der die Einklinkerungen seiner Lebensweise für lauterer Wahrheit hält. Edith Ruhmann als Tochter hatte in den letzten Szenen mit dem Vater besetzte Töne. In der Figur des Sohnes spiegelt Herr Willi Rose glänzend das Erbe jenes verfallenen väterlichen Sinnes wieder. Von den episodischen Geistes wären der Kolonialrevisor Professor und die beiden Widdie der Herren Adolf Schädler und Hans Rosen zu nennen.

„Stammstiel der Philosophie“ nennt der Frankfurter Professor Georg Burkhardt eine graphische Heberische (erkunden bei Werner u. Winter, Universitätsdruckerei, Frankfurt a. M.), die allerdings mehr eine Heberische über die Geschichte der Philosophie als über diese selbst gibt. Offenbar von Speegler beeinflusst, wird hier eine chronologische Darstellung der philosophischen Systeme und ihrer Hauptvertreter vom Altertum bis in die Gegenwart durchgeführt. Die drei Teile sind außerordentlich übersichtlich und bieten gerade dem Anfänger einen guten Führer durch das fast unübersichtbar anzuordnende philosophische Weltfeld. Ein paar Fremdwörter könnten vermieden, der Ausdruck bei Kant scharfer untertrieben sein. Beachtenswert ist der breite Raum, den die „Rechtphilosophie“ des Verfassers selbst einnimmt, wodurch die Sache lebend und die Person übermäßig in den Vordergrund gestellt wird.

Erkaufführungen der Woche: Mo.: Startoper; Amoretten, Langjahren, Bajazzo. — Mi.: Soffina; Amphitrua. — Di.: Deutsches; Don Carlos. — Fr.: Schöndelhaus; Eitel. — Sa.: Trübsinn; Die Tournee. — Sonntag (Nachm.): Hühner, der Himmelsknecht.

Eine große Sendung amerikanischer wissenschaftlicher Veröffentlichungen — 13 Bände — ist jetzt vom Deutschen Institut in Washington gelangt, bei dem Professor America-Institut ein getroffen. Aus Frankfurt a. M. sind 97 Bände wissenschaftlicher Material durch dieses Institut nach Amerika entsandt worden.

Kronabträge. Sonntag abend 8 Uhr: „Der Maß von Kropel, Montas Dr. Bild: Abhilfe-ponisches Bistum“, Dienstag und Freitag: „Unterjauer“ (mit Hühnern und Armeten), Mittwoch: „Kronabträge“, die Flugzeugphotographien in ihrer wissenschaftlichen Bedeutung.“

Ein englisch-amerikanischer Univeritätskandidat für Mittelamerika hat sich abgedrückt, der sich zum Ziel gesetzt hat, die wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Mittelamerika und Amerika und England aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke Unterhaltungen in Form von Vorträgen, Druckarbeiten usw. zu verteilten.

